

## Gekoppelt

S. 6

Stadtoberhaupt und Rat werden in NRW getrennt voneinander gewählt. Das wird sich ändern. Bedeutet die Zusammenlegung der OB-Wahlen und der allgemeinen Kommunalwahlen ein Mehr an Demokratie?

## Gemütlich?

S. 7-11

Wohnungen in NRW sind sehr verschieden. Im Schwerpunkt des Heftes geht es um verschiedene Facetten und Problemlagen auf dem nordrhein-westfälischen Wohnungsmarkt. Und um ein sicheres Zuhause.

## Getaktet

S. 13

Welche Auswirkungen hat der geplante Rhein-Ruhr-Express auf Intercity-Verbindungen? Und gibt es eine ausreichende Datengrundlage über die Finanzierung des Nahverkehrs? Sachverständige antworten.

## Gebraucht

S. 18

Der Ärztemangel auf dem Land ist hinlänglich bekannt. Nun gibt es den Vorschlag, Studierende der Medizin mittels einer örtlichen Fakultät an die Region Ostwestfalen-Lippe zu binden. Ein guter Plan?

# Wohnen Wünsche Wirklichkeit

## Rund um ein sicheres, bezahlbares Zuhause



# Zuhause

Nach einem langen Arbeitstag, nach einem Regenguss, nach einer Reise – wir alle freuen uns auf zu Hause. In den eigenen vier Wänden ist es gemütlich, die vertraute Umgebung ist ein ganz besonderer Rückzugsort.

Für viele ist sie das leider nicht. Das wissen diejenigen, die zur Miete in einer Wohnung leben, an der gefühlte Ewigkeiten nichts mehr erneuert wurde oder, schlimmer noch, die heruntergekommen ist, bei der der Vermieter schlicht die Miete einstreicht und ansonsten nichts damit zu tun haben will. Internationale Finanzinvestoren setzen noch eins drauf, erwerben Wohnobjekte, um sie kurze Zeit später wieder gewinnbringend weiterzuverkaufen. Das kann sich auch mehrfach wiederholen. Die Mieterinnen und Mieter allein können kaum etwas daran ändern, außer ausziehen oder zu versuchen, ihr Recht einzuklagen. Viele können sich beides nicht leisten.

Dass Wohnungen mitunter zur Handelsware geworden sind, hat bereits vor zweieinhalb Jahren den Landtag alarmiert. Er hat damals eine Enquete-Kommission eingesetzt, um dem Problem auf den Grund zu gehen und Handlungsstrategien zu erarbeiten. Die Kommission hat nun ihre Arbeit beendet und dem Landtag ihren Abschlussbericht zur Diskussion vorgelegt (Seite 7).

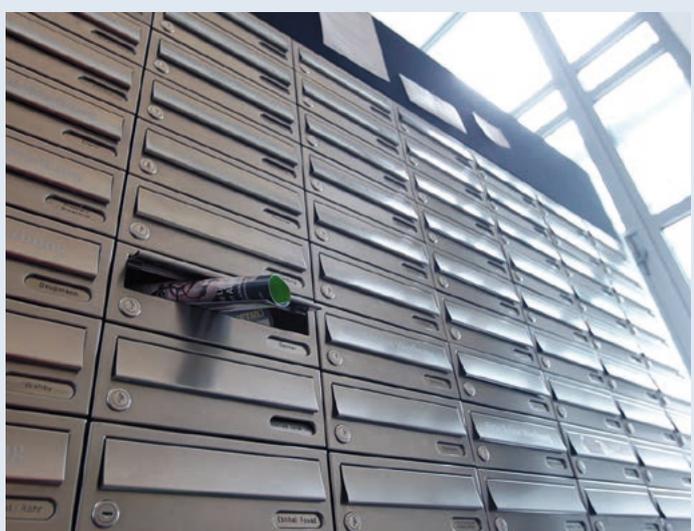
Ein zweites Problem trägt mitunter die Stimmung in den eigenen vier Wänden: horrenden Mieten. In bestimmten Regionen Nordrhein-

Westfalens wird der Wohnraum immer knapper, und wo die Nachfrage groß ist, steigen die Preise. Zur Debatte steht deshalb, mehr sozialen Wohnungsbau zu ermöglichen und zu diesem Zweck landeseigene Grundstücke unter bestimmten Bedingungen zu verkaufen. Das stößt im Landtag auf ein geteiltes Echo (Seite 8). Welche Ideen die Fraktionen außerdem zur Wohnungspolitik haben, lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Glück hat also, wer eine bezahlbare Wohnung hat, die „in Schuss“ ist, oder wer gleich im Eigenheim lebt. Aber auch hier können wie in jeder Wohnung Gefahren lauern. Über 50 Menschen sterben in NRW jedes Jahr in ihrem eigenen Zuhause, weil sie – meist nachts – die Rauchentwicklung eines Brandes nicht bemerken. Rauchmelder liefern erfreulicherweise eine lautstarke Antwort auf dieses Problem. Daher unterstützen alle Fraktionen eine verpflichtende Ausstattung der Räume mit den kleinen Lebensrettern, sind aber unterschiedlicher Auffassung über bestimmte Bedingungen (Seite 9).

Gerade weil die eigenen vier Wände privater Schutzraum sind, ist die Wohnungspolitik ein so wichtiges Feld. Kleine und große Baustellen gilt es zu beackern – die Abgeordneten haben dies unter anderem kürzlich im Plenum getan und freuten sich nach einem langen Plenartag bis nach Mitternacht sicherlich auf zu Hause.

SOW



## Schwerpunkt: Wohnen

<b>Kampf gegen Giganten</b> .....	<b>7</b>
<b>Platz für geförderte Wohnungen gesucht</b> .....	<b>8</b>
<b>Kleine Box soll Leben retten</b> .....	<b>9</b>
<b>Schlag auf Schlag</b> .....	<b>10-11</b>

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

# Inhalt

## Aus dem Plenum

<b>Beamtensold: Wortbruch oder Notwendigkeit?</b> .....	<b>3</b>
<b>Extremismus: Landtag einig gegen</b>	
<b>Fundamentalismus der Salafisten</b> .....	<b>4</b>
<b>Energiewende: Eine Frage des Vertrauens</b> .....	<b>5</b>
<b>Kommunalwahl: Einmal hin – alles drin</b> .....	<b>6</b>

## Aus den Ausschüssen

<b>ÖPNV: Nachfragen zum Nahverkehr</b> .....	<b>13</b>
<b>Meldungen</b> .....	<b>14</b>
<b>Feuerwehr: Lob für Löschzwerge</b> .....	<b>15</b>
<b>Hochschule: Ärztemangel auf dem Land</b> .....	<b>18</b>

<b>Gesetzgebung</b> .....	<b>12</b>
---------------------------	-----------

<b>Aus den Fraktionen</b> .....	<b>16-17</b>
---------------------------------	--------------

<b>Interview: Reiner Priggen (GRÜNE)</b> .....	<b>19</b>
--	-----------

<b>Impressum</b> .....	<b>19</b>
------------------------	-----------

<b>Termine</b> .....	<b>20</b>
----------------------	-----------



# Wortbruch oder Notwendigkeit?

## Heftiger Streit über die Herausnahme der Beamtenschaft von der Einkommenssteigerung

21. März 2013 – Die Landesregierung will das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst für die Jahre 2013 und 2014 nicht eins zu eins auf die Beamtenschaft übertragen. In einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde (Drs. 16/2330) sah die CDU dies als einen Wortbruch der Landesregierung an. Auch FDP und PIRATEN forderten, die Beamtinnen und Beamten dürften nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt werden. SPD und GRÜNE verwiesen auf die Haushaltslage und die kommende Schuldenbremse. Der für die vollständige Umsetzung notwendige Stellenabbau sei nicht durchführbar.



Werner Lohn (CDU)

Heike Gebhard (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

„Fragen Sie mal einen Beamten mit A11, der draußen steht und 3.200 Euro brutto im Monat verdient, ob er Geld übrig hat“, meinte **Werner Lohn** (CDU) und bewertete die Erklärung von Ministerpräsidentin und Finanzminister, das Tarifergebnis nicht eins zu eins auf die Beamtenschaft zu übertragen, als eklatanten Wortbruch. Dies sei exakt das Gegenteil von dem, was die Landesregierung seit 2011 verkündet habe, zitierte Lohn entsprechende Stellungnahmen. Damit würden die Beamtinnen und Beamten zu Sündenböcken einer Politik, die sich einer ernsthaften Haushaltskonsolidierung und dringend notwendigen Strukturveränderung verweigere. Dies nehme NRW die notwendige Handlungsfähigkeit.

„Welche Alimentation die Beamtinnen und Beamten erhalten, das interessiert Sie nicht die Bohne“, erwiderte **Heike Gebhard** (SPD). Es gehe der Opposition nur um Polemik gegen die Landesregierung. Aussagen würden daher völlig falsch zitiert. Dabei verschwiegen CDU und FDP, dass die für die vollständige Anpassung notwendigen 710 Millionen Euro im Gegenzug Einsparungen von rund 14.000 Stellen im öffentlichen Dienst bedeuteten. Dies lehnte die SPD-Sprecherin ebenso ab wie den Ersatz von Lehrkräften durch Verwaltungsassistenten. Die entsprechenden Vorschläge der CDU bedeuteten Minijobs auf 400-Euro-Basis. Das sei mit der SPD nicht zu machen.

Beamtinnen und Beamte dürften nicht zu Melkkühen dieser Landesregierung werden, meinte dagegen **Ralf Witzel** (FDP). Rot-Grün habe beschlossen, dass der überwiegende Anteil der Besoldungssteigerung gleich für mehrere Jahre nicht zur Auszahlung komme. Ursache seien hausgemachte Haushaltsprobleme: Mit 22 Prozent der Einwohner Deutschlands verursache NRW 61 Prozent der Neuverschuldung aller Länderhaushalte. Die Entscheidung der Landesregierung bedeute, dass rund 80 Prozent der Beamtinnen und Beamten gar nicht oder nur zum Teil an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnahmen. Dies betreffe alle, die 3.300 Euro im Monat oder mehr verdienten.



Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)

Dirk Schatz (PIRATEN)

Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD)

Fotos: Schälte

„Sie wollen die Nöte und Ängste der Leute ausnutzen“, wandte sich **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE) gegen die Vorwürfe der Opposition. Gleichzeitig wolle er die Entscheidung nicht schönreden. Aufgrund der Haushaltssituation sei keine andere Lösung möglich gewesen. Die von CDU und FDP geforderten Strukturveränderungen bezeichnete der Grüne als Effekthascherei. Sie hätten konkret die Streichung von 450 Stellen vorgeschlagen; notwendig gewesen wären aber 14.000. Er erinnerte an die Proteste derselben Fraktionen gegen die Kürzungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld in den Jahren 2003 und 2004. Später hätten sie das eine weiter reduziert, das andere ganz gestrichen.

„Mit Ihrer Politik haben Sie es geschafft, die Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung abzukoppeln“, stellte **Dirk Schatz** (PIRATEN) fest. Zwar habe die Schuldenbremse Verfassungsrang – aber eben erst ab dem Jahr 2020. Die angemessene Alimentation der Beamtinnen und Beamten habe aber auch Verfassungsrang – und zwar bereits jetzt. Schatz gestand zu, dass auch der Personaletat des Landes seinen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müsse. Aber die Beamtenschaft tue dies über Nullrunden, Arbeitszeitverlängerung, Kürzung und Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Zulagen und über die Sperrung von Beförderungen schon seit Jahren.

Er wolle sich nicht in den „Chor der Scheinheiligen“ einreihen, meinte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) und verteidigte die Entscheidung der Landesregierung, das Tarifergebnis nicht eins zu eins auf die Beamtenschaft zu übertragen. Die Forderung der CDU, bis zu 12.000 Stellen zu kürzen, sei ein Etikettenschwindel. Denn sie nehme von dem geplanten Abbau von jährlich 1,5 Prozent rund 90 Prozent der Beschäftigten aus. De facto bleibe also ein Abbau von 0,15 Prozent. Das sei keine Strukturveränderung, so Walter-Borjans. Außerdem hätten die unter Schwarz-Gelb vorgenommenen Kürzungen bei den betroffenen Ämtern teilweise Chaos angerichtet. Man habe sie eben nicht über Produktivitätssteigerungen auffangen können. „Auf wessen Rücken bleibt es denn hängen?“, fragte der Minister. cw



## Landtag einig gegen Fundamentalismus der Salafisten

### Fraktionen debattieren in Aktueller Stunde über Maßnahmen

22. März 2013 – „Ziel der Salafisten ist die gewaltsame Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und der individuellen Lebensgestaltung jedes einzelnen Menschen nach vermeintlich ‚gottgewollten‘ Regeln“, schreiben SPD und GRÜNE in einem Antrag zu einer Aktueller Stunde (Drs. 16/2332) und fordern, der Landtag müsse eindeutig Stellung beziehen. Im Ziel waren sich alle Fraktionen einig, Unterschiede gab es bei der Bewertung der dazu notwendigen Mittel.

Sie wollten den freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat in einen fundamentalistischen Gottesstaat umwandeln, warnte Ibrahim Yetim (SPD) vor den Salafisten. Zu ihrer Frauen-, Schwulen- und Demokratiefeindlichkeit komme wie bei der NPD noch ihre Gewaltbereitschaft hinzu. Wer Morddrohungen ausstoße, sei ein Verbrecher, stellte der SPD-Sprecher fest. Mit dieser Einstellung seien die Salafisten auch Gegner der großen Mehrheit der Muslime, die hier friedlich auf dem Boden des Grundgesetzes leben wollten. Sie müssten sich von den Salafisten abgrenzen, forderte Yetim, an die muslimischen Verbände gewandt. Generell notwendig seien Aufklärung und vorbeugende Arbeit vor allem bei Jugendlichen.

Verena Schäffer (GRÜNE) fragte nach den Ursachen. „Wie kann es sein, dass junge Menschen, meistens junge Männer, sich von der demokratischen Gesellschaft abwenden, dass sie sich hier nicht geborgen fühlen? Wie kann es sein, dass wir ihnen nicht das bieten, was sie suchen, so dass sie Anerkennung und Gemeinschaftsgefühl in diesen Bestrebungen suchen?“ Man müsse den Salafisten ihre Anziehungskraft nehmen. Zu dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zählten vor allem Bildung und Jugend-

arbeit, aber auch Angebote für gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. Schäffer warnte davor, dass nun die rassistische und ebenso verfassungsfeindliche Partei Pro NRW Stimmung gegen alle Muslime machen wolle.

„Nicht jeder Salafist ist ein Terrorist, aber jeder Salafist ist ein Feind unserer Verfassung“, erklärte Daniel Sieveke (CDU). Daher sei es richtig, eindeutig Stellung gegen diese Gruppierung zu beziehen und für Verfassung, Demokratie und Freiheitsrechte einzutreten. Er wandte sich aber gleichzeitig gegen die Kritik seiner Vorrednerin an repressiven Maßnahmen. Notwendig seien alle Mittel, um gegen diese Gruppierungen, die mittlerweile den Staat, die Integration und den friedlichen Dialog der Religionen auch ganz öffentlich bekämpfen wollten, vorzugehen. Man könne nicht unterscheiden zwischen schlechten Salafisten und guten, die von einer freiheitlichen Gesellschaft überfordert seien.

„Wir diskutieren hier, weil Rot-Grün sich damit eine schöne Schlagzeile machen will“, kritisierte Dr. Robert Orth (FDP). Aber es gebe keinerlei Anlass zum Feiern. Unter der jetzigen Landesregierung sei die Zahl der Salafisten in NRW explodiert. Wenn diese heute neue Ansätze in

der Bildungsarbeit und der Justiz fordere, müsse sie sich fragen lassen, warum sie dies nicht bereits umgesetzt habe. Statt bei der Polizei die richtigen Schwerpunkte zu setzen, beschäftige der Innenminister sie mit „Blitzmarathons“ und ähnlichem. Es sei richtig, nach Ursachen zu forschen, denn die Überzeugungstäter würden ihre Ideologie nicht deshalb aufgeben, weil sie verboten werde. Dies gelte im Übrigen auch für die NPD.

Die bisherigen Festnahmen zeigten die hervorragende Arbeit der Ermittlungsbehörden, so Frank Herrmann (PIRATEN). Er forderte, sich mit allen religiösen Fanatikern zu beschäftigen, unabhängig davon, welcher Religion sie angehörten. Diese verträten ein dem Grundgesetz entgegengesetztes Weltbild. Dabei könnten in einer freiheitlichen Demokratie restriktive Gesetze, Überwachung und die Einschränkung von Bürgerrechten nicht die Antwort sein, wandte sich Herrmann gegen ein angekündigtes Gesetz der Bundesregierung. Vielmehr bedürfe es der Ursachenforschung, Aufklärung und Bildung. Denn die Zuwendung junger Menschen zum Salafismus beruhe auch auf der Suche nach Orientierung, Teilhabe und Anerkennung.

Mit der Verhaftung von vier Salafisten hätten die Ermittlungsbehörden letzte Woche schwere Straftaten verhindert, betonte Innenminister Ralf Jäger (SPD). Der Salafismus versuche, in das friedliche Zusammenleben mit rund vier Millionen Muslimen in Deutschland einen Keil zu treiben. Er biete einfache, radikale Antworten auf komplizierte Lebensverhältnisse. Das erkläre seine Attraktivität für Menschen in Lebenskrisen. Vor diesem Hintergrund müsse die Bekämpfung repressiver Maßnahmen ebenso beinhalten wie Bildung, Vorbeugung und Aussteigerprogramme. Jäger warnte davor, politischen Extremismus zu unterschätzen, und forderte in diesem Zusammenhang eine Unterstützung des Verbotsantrags gegen die NPD. civ



## Eine enge Zusammenarbeit ...

... streben NRW und Marokko an. Das zeigte sich, als Landtagspräsidentin Carina Gödecke kürzlich den marokkanischen Minister Abedallatif Mazouz (rechts) im nordrhein-westfälischen Parlament begrüßte. Im Gespräch beleuchteten die beiden gemeinsam mit Vizepräsident Oliver Keymis (Mitte), dem Vorsitzenden des Integrationsausschusses Arif Ünal sowie der Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren beispielsweise die gute Integration der marokkanischen Gemeinde in Düsseldorf in die deutsche Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund bekräftigten die Politikerinnen und Politiker ihren festen Willen, das Miteinander noch weiter zu verbessern. Mazouz ist zuständig für die im Ausland lebenden Marokkanerinnen und Marokkaner. Foto: Schälte



# Energiewende: Eine Frage des Vertrauens

## PIRATEN fordern von Rot-Grün klaren Kurs in der Energiepolitik

*21. März 2013 – Just am Tag des Energiegipfels in Berlin haben sich die Abgeordneten in Düsseldorf auf Basis eines Eilantrags mit dem Gelingen der Energiewende befasst. In der Debatte warf die antragstellende Piratenfraktion der Landesregierung Konzeptlosigkeit vor. Auch den Sprechern von CDU und FDP fehlte ein klarer Kurs. Die Regierungsfractionen wiederum befürchteten, die von der Berliner Koalition vorgeschlagene Strompreisbremse berge die Gefahr einer „Investitionsbremse“.*

„Die Energiewende ist zweifelsohne eine der größten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte“, unterstrich **Kai Schmalenbach** (PIRATEN). Um diese zu meistern, sei das Vertrauen der Bevölkerung in eine verlässliche, stringente und nachvollziehbare Strategie maßgeblich. Davon sei Rot-Grün aber weit entfernt. Schmalenbach warf der Landesregierung einen „energiepolitischen Blindflug“ ohne klaren Kurs vor. Ob bei neuen Kohlekraftwerken, Braunkohle oder Stromsteuer: Überall stoße er auf widersprüchliche Aussagen. Der Abgeordnete forderte daher ein „unmissverständliches Ausstiegsszenario“ aus der fossilen Energie.

**Thomas Eiskirch** (SPD) reagierte irritiert auf den PIRATEN-Antrag: Die Fraktion fordere darin eine verlässliche Strategie, stelle aber gleichzeitig rechtswirksame Genehmigungen und damit bestehende Verlässlichkeit infrage. So zweifle sie unter anderem den bis zum Jahr 2045 genehmigten Braunkohleabbau an und fordere einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030, kritisierte Eiskirch: „Das ist nicht Verlässlichkeit und nicht Stringenz, das ist Wahnsinn.“ Insgesamt sprach er sich für ein neues Strommarktdesign aus, das die erneuerbaren Energien mit „notwendigen“ konventionellen Kraftwerken verzahne. Auch müsse NRW ein guter Standort für energieintensive Betriebe bleiben.

Klar und verlässlich – das sei eine gute Sache, meinte **Thomas Kufen** (CDU). Allerdings sei das Energie-Wahlprogramm der PIRATEN „eher eine große Verunsicherung“. Auch bei Rot-Grün vermisse er ein Konzept mit klarer Stringenz: „Bei dieser Regierung ist einzig und allein klar, dass sie die Energiewende ‚Management by Hühnerhaufen‘ betreibt“, kritisierte der CDU-Abgeordnete. Im Vorfeld des Energiegipfels hätten klare Aussagen gefehlt, mit welchen Positionen die Landesregierung dort auftreten wolle. Zudem forderte Kufen für die erneuerbaren Energien eine bessere Koor-

dinierung sowohl zwischen den Ländern als auch zwischen den unterschiedlichen Akteuren in NRW.

„Es gibt nicht nur eine gemeinsame Linie dieser Landesregierung bei den Verhandlungen, sondern auch mit anderen rot-grünen Landesregierungen“, betonte hingegen **Wibke Brems** (GRÜNE). Gleichzeitig kritisierte sie die Bundesregierung – diese nutze die Debatte um Strompreise dazu, den Weg hin zu mehr erneuerbaren Energien zu torpedieren: „Für ein Gelingen der Energiewende brauchen wir keine Irrlichter, die so tun, als seien sie für die Energiewende, aber eigentlich nur die Interessen der großen Energieversorger vertreten.“ Die vom Bundesumweltminister vorgeschlagene Strompreisbremse bezeichnete Brems als „massive Verunsicherung“ und „Ausbaubremse“ für die erneuerbaren Energien.

„Hören Sie auf, sich hinter anderen zu verstecken“, forderte **Dietmar Brockes** (FDP) das Kabinett Kraft auf. Im Gegensatz zur Bundesregierung trete Rot-Grün nicht mit einer eigenen Position auf, um die Strompreisexplosion zu begrenzen. Der zuständige Minister verstecke sich vielmehr hinter einem Masterplan, ohne zu sagen, was er damit konkret meine, kritisierte Brockes: „Wir bekommen einfach keine Informationen.“ Hinzu kämen widersprüchliche Aussagen von Energie- und Umweltminister zu einer niedrigeren Stromsteuer – das sei eine Katastrophe. Hinsichtlich der Strompreise betonte der FDP-Politiker: „Wir brauchen dringend eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.“

Foto: Schälte

„Sie sind von dem eigentlichen Spiel so weit weg – das ist unfassbar“, warf **Wirtschaftsminister Garret Duin** (SPD) den Oppositionsfractionen von CDU und FDP vor. Es gehe um Planungssicherheit. Deshalb hätten alle rot-grünen Vertreter für den Energiegipfel eine gemeinsame Position verabredet. „Alles sehr konkret“, betonte Duin. So könne unter anderem die Stromsteuer um den Anteil, den die erneuerbaren Energien derzeit zur Stromerzeugung beitragen, reduziert werden. Auch **Klimaschutzminister Johannes Remmel** (GRÜNE) unterstrich die gemeinsame Position von Rot-Grün. Die Bundesregierung hingegen habe bislang verpasst, die Rahmenbedingungen für die Energiewende zu gestalten.

bra





# Einmal hin – alle drin

## Ein Wahltermin soll künftig genügen, um das Rathaus zu füllen

*20. März 2013 – Seit 2007 werden (Ober-)Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte getrennt von den Gemeindevertretungen gewählt. SPD und GRÜNE wollen diese beiden Wahlen wieder zusammenlegen, um die kommunale Demokratie zu stärken, wie es im entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 16/1468) heißt. Dazu soll die Amtszeit der Bürgermeister und Landräte um ein Jahr auf fünf Jahre verkürzt werden. Da allerdings nach geltendem Recht die Wahlperiode der Kommunalvertretungen bereits im Jahr 2014 endet und die Bürgermeister und Landräte erst im Jahr 2015 neu gewählt werden, soll die nächste Wahlperiode der Räte und Kreistage einmalig auf sechs Jahre verlängert werden, damit die Wahlen im Jahr 2020 gekoppelt stattfinden können. Es gab Lob und Bedenken.*

„Die gemeinsame kommunale Verantwortung von Rat und Verwaltung ist verfassungsrechtlich geregelt“, erläuterte **Lisa Steinmann** (SPD). Eine Zusammenlegung der Wahlen schaffe Klarheit für die Wählerinnen und Wähler und betone die Verantwortungsgemeinschaft als wesentliche Säule der kommunalen Demokratie. So werde das politische Gefüge nachvollziehbarer, was auch eine höhere Wahlbeteiligung und damit Legitimation mit sich bringen könne, argumentierte die Abgeordnete. Zudem helfe einer anstelle von zwei Wahlterminen, in der Kommune Kosten zu sparen.

**Peter Biesenbach** (CDU) erklärte, man habe im Jahr 2007 die Bürgermeisterwahlen von den allgemeinen Kommunalwahlen entkoppelt, um den Bürgermeister oder Landrat in seiner Unabhängigkeit zu stärken. Wegen sinkender Wahlbeteiligung bei isolierten Wahlen unterstützte Biesenbach aber die nun geplante Rückkehr zum gemeinsamen Wahltermin. Er sprach sich allerdings für eine generelle Amtszeit von sechs statt fünf Jahren für alle aus. Eine prinzipiell unzulässige Verkürzung der Wahlperiode freiwillig anzubieten, hielt er für verfassungsrechtlich höchst riskant.

Jedem Bürgermeister stehe es frei, seine gesamte Amtszeit auszunutzen oder früher aufzuhören und sich erneut zur Wahl zu stellen, unterstrich

**Mario Krüger** (GRÜNE). Natürlich, räumte er ein, ziele eine solche Möglichkeit auf die Chance, bereits im Jahr 2014 Hauptverwaltungsbeamte und Räte an einem Tag wählen zu können, soweit dies möglich sei. Gegen eine generelle Amtszeit von sechs Jahren spreche, dass ein so langer Zeitraum junge Menschen eher abschrecke, trotz beruflicher Belastung und flexibler Lebensplanung noch ein kommunalpolitisches Ehrenamt anzutreten.

Die Wahlbeteiligung könne nicht der Hauptgrund für den Gesetzentwurf sein, vermutete **Kai Abruszat** (FDP). Schließlich habe Rot-Grün auch die traditionell beteiligungsschwachen Stichwahlen wieder eingeführt. Der wahre Grund für den Gesetzentwurf, meinte Abruszat zu den Regierungsfractionen, liege wohl darin, dass „Sie kein Interesse an unabhängigen Bürgermeistern und Landräten haben, obwohl diesen in der kommunalen Verfassung eine besonders hervorgehobene Stellung eingeräumt wird“. Auch der FDP-Sprecher hielt den Gesetzentwurf für verfassungsrechtlich bedenklich.

Seine Fraktion begrüße einen gemeinsamen Wahltermin, aber für die Stärkung der kommunalen Demokratie sei dies zu wenig, sagte **Frank Herrmann** (PIRATEN). Wichtiger sei, die Wahlperiode wieder auf fünf Jahre zu verkürzen. „Kürzere Wahlperioden sind demokratischer“, erklärte er. Gewählte müssten sich ihrer Legiti-

mität regelmäßig in absehbarer Zeit versichern. Herrmann kritisierte einen „freiwilligen Rückzugszwang“, der den eigentlichen Wählerwillen aus dem Jahr 2009 im Nachhinein ausheble. Gewählt worden seien die Bürgermeister schließlich bis 2015.

**Kommunalminister Ralf Jäger** (SPD) wandte sich an den FDP-Sprecher: „Die präsidiale Stellung, die Sie den Bürgermeistern und Landräten in Ihrem Redebeitrag gerade zugeschrieben haben, gibt es in der Gemeindeordnung nicht.“ Stattdessen gebe es eine Gleichwertigkeit von Rat und Verwaltung und damit auch Bürgermeistern. Es sei ein Beitrag zur Demokratie, diese Augenhöhe durch einen gemeinsamen Wahltermin wiederherzustellen. Schließlich verwies der Minister noch auf eine Stichwahl, an der sich jüngst mehr Menschen beteiligt hätten als an der eigentlichen Bürgermeisterwahl. *sow*

### Entscheidung

Mit einer Mehrheit aus SPD und GRÜNEN nahm der Landtag gegen die Stimmen von CDU und FDP und bei Enthaltung der Piratenfraktion den Gesetzentwurf (16/1468) an, und zwar in einer durch Antrag (Drs. 16/2345) geänderten Fassung. Ein weiterer Änderungsantrag der PIRATEN (Drs. 16/2430) fand ebenso wie ein Entschließungsantrag der FDP (Drs. 16/1557) keine Mehrheit.

Foto: Schälte



Der Kern des Problems: Etwa 320.000 Wohnungen seien an internationale Finanzinvestoren verkauft worden, erklärte die Kommissionsvorsitzende **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE) dem Plenum. Für diese stehe die Rendite im Vordergrund. Mieterinnen und Mieter hätten das Nachsehen, weil Wohnungsbestände nicht instand gehalten würden. Schimmel, undichte Fenster, kaputte Aufzüge in Hochhäusern, Fassadenprobleme, Heizungs- und Warmwasserausfälle in den Wintermonaten seien die Folgen. „Wir brauchen ein

# Kampf gegen Giganten

## Wie das Land internationale Finanzinvestoren auf dem Wohnungsmarkt in die Schranken weisen könnte



Eva Voigt-Küppers (SPD)



Klaus Vosssem (CDU)



Holger Ellerbrock (FDP)



Olaf Wegner (PIRATEN)

neues Wohnungsaufsichtsgesetz“ und außerdem mehr Möglichkeiten für die kommunale Wohnungsaufsicht, erläuterte Schneckenburger die Handlungsempfehlungen des Gremiums. Kommunen stünden vor dem Problem, dass sie zwar die Miete für Hartz-IV-Leistungsempfänger bezahlten, diese aber teilweise keinen angemessenen Wohnraum dafür erhielten. Daher halte die Kommission Angemessenheitskriterien für sinnvoll, ebenso eine intensivere Beobachtung des Marktsegments und stärkere Mieterrechte. Handlungsempfehlungen an den Bund bezögen sich auf erschwerte Weiterverkäufe von Wohnungen mittels Grunderwerbsteuer und eine Besteuerung von Unternehmensverkäufen.

Bezahlbares Wohnen gehöre zum Kern eines Lebens in Würde, konstatierte **Eva Voigt-Küppers** (SPD). Inakzeptable und teils gesundheitsschädliche Zustände in Mietwohnungen zögen außerdem eine Abwärtsspirale nach sich. Wer es sich leisten könne, ziehe weg, zurück blieben Armut und Perspektivlosigkeit. Kinder, die in einem solchen Umfeld aufwüchsen, hätten

### Abstimmung

Die Abgeordneten haben den Abschlussbericht der Enquete-Kommission (Drs. 16/2299) einstimmig zur Kenntnis genommen. Einen Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/2346) nahm eine Landtagsmehrheit von SPD, GRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP an. Der Entschließungsantrag der Piratenfraktion wurde mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

### Neue Enquete-Kommission

Direkt im Anschluss an diese Debatte hat der Landtag eine neue Enquete-Kommission eingesetzt. Sie soll die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in NRW unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels von 2020 bis 2030 bewerten.

schlechtere Bildungschancen. Die SPD-Sprecherin forderte, wer von Hartz IV lebe, solle sich bei Mietervereinen beraten lassen können. Nicht genutzte und verfallene Gebäude müssten schneller beseitigt, Wohnungen leichter als unbewohnbar erklärt werden können.

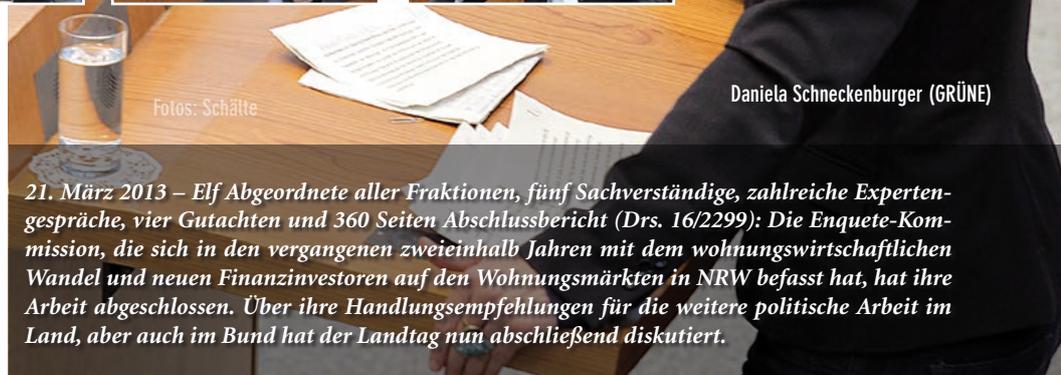
„99 Prozent der Wohnungen in diesem Land sind in einem guten Zustand“, erklärte **Klaus Vosssem** (CDU). Problemimmobilien finde man übrigens auch häufig bei Einzeleigentümern. Viele Wohnungen von Wohnungsbaugesellschaften des Bundes, der Länder und Kommunen seien bereits vor dem Verkauf in einem schlechten Zustand gewesen, bemerkte der Abgeordnete. Bereits heute verfügten die Kommunen über umfangreiche rechtliche Möglichkeiten, von denen aber manche schlicht nicht bekannt oder für überschuldete Städte nicht praktikabel seien. Die CDU lehne jedenfalls alle Forderungen ab, die sie finanz- oder ordnungspolitisch für bedenklich halte.

Für die GRÜNEN-Fraktion zog **Daniela Schneckenburger** zwei Schlüsse aus der Arbeit der Enquete-Kommission. Erstens plädierte sie dafür, die Einführung eines „Vermieterführerscheins“ zu prüfen und zweitens dürften Wohnungen kein kurzfristig handelbares Gut sein, weswegen es gelte, die Grunderwerbsteuerpflicht dieser Verkäufe zu diskutieren.

Viele ältere und Einzelvermieter hätten Schwierigkeiten zu investieren, räumte **Holger Ellerbrock** (FDP) ein. Manche öffentlichen Auflagen, etwa zur energetischen Sanierung, überforderten sie finanziell. Daran müsse der Landtag etwas ändern. Ellerbrock stellte klar: „Wir wollen keine Diskriminierung des privaten Kapitals für öffentliche Aufgaben.“ Der Abgeordnete warb für eine zielgerichtete Bekämpfung der Auswüchse auf dem Immobilienmarkt, wandte sich aber gegen rechtliche Verschärfungen zulasten aller Beteiligten. Es gehe daher um die Schärfung und die tatsächliche Anwendung der bestehenden Instrumente.

„Wohnungen dürfen kein Spielball für die Finanzmärkte sein“, meinte auch **Olaf Wegner** (PIRATEN). Weil die Enquete-Kommission aber zu wenig Zeit gehabt habe, um die zahlreichen Handlungsempfehlungen abschließend zu bewerten, stelle seine Fraktion einen Entschließungsantrag mit konkretisierenden Punkten zur Abstimmung. Für entscheidend hielt er, dass gemeinnützige Trägerstrukturen gestärkt bzw. aufgebaut würden. In diesem Zusammenhang hob er die Rolle von Genossenschaften und kommunalen Wohnungsunternehmen hervor. Noch wesentlicher fand Wegner, dass Mieterinnen und Mieter mehr Mitspracherecht bekämen.

SOW



Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Fotos: Schälte

21. März 2013 – Elf Abgeordnete aller Fraktionen, fünf Sachverständige, zahlreiche Expertengespräche, vier Gutachten und 360 Seiten Abschlussbericht (Drs. 16/2299): Die Enquete-Kommission, die sich in den vergangenen zweieinhalb Jahren mit dem wohnungswirtschaftlichen Wandel und neuen Finanzinvestoren auf den Wohnungsmärkten in NRW befasst hat, hat ihre Arbeit abgeschlossen. Über ihre Handlungsempfehlungen für die weitere politische Arbeit im Land, aber auch im Bund hat der Landtag nun abschließend diskutiert.



# Platz für geförderte Wohnungen gesucht

## SPD und GRÜNE wollen neue Regeln zum Verkauf von Landesgrundstücken

22. März 2013 – Den Landtag beschäftigt das Problem steigender Mieten. Gebraucht werde, da sind sich im Grunde viele einig, mehr sozialer Wohnungsbau. Wer aber, egal ob Kommune, Studentenwerk oder Genossenschaft, neue Wohnungen schaffen will, brauche bezahlbares Bauland. Das schreiben SPD und GRÜNE in einem Antrag (Drs. 16/2278) und schlagen vor, neue Möglichkeiten zu schaffen, um Landesgrundstücke dafür zur Verfügung zu stellen. Die konkreten Änderungsvorschläge stießen im Plenum auf ein geteiltes Echo.

Jochen Ott (SPD) erläuterte das Vorhaben: Kommunen, kommunale Gesellschaften und Studentenwerke sollen landeseigene Flächen erwerben können, und zwar zu einem durch Gutachten festgelegten Wert und gebunden an den Zweck, dort geförderte Wohnungen zu bauen. Dies solle der Spaltung der Städte entgegenwirken und Druck vom Wohnungsmarkt nehmen, so Ott. Zweitens solle bei größeren Flächen in offenen Bieterverfahren die Vorschrift gelten, dass mindestens 30 Prozent der Fläche für den geförderten Wohnungsbau genutzt werden müssten. Die Wohnungspolitik sei schließlich für die Menschen in den Städten und für die Entwicklung der Städte von besonderer Bedeutung.

Die angedachten Instrumente richteten sich insbesondere an Städte, in denen der Bedarf an Wohnungen steige und damit auch die Mieten, ergänzte Daniela Schneckenburger (GRÜNE) und verwies auf die Rheinschiene und Münster. Darüber hinaus seien nur noch knapp zehn Prozent der Wohnungen gefördert. Es seien also gegenüber den 70er-Jahren viele Wohnungen aus der sozialen Bindung gefallen. Der Neubau von geförderten Wohnungen führe dazu, dass eine Preisdämpfung in diesem Marktsegment eintrete. Ein fester Grundstückspreis rechne sich somit sowohl für Investoren als auch für die Mieterschaft, argumentierte die Abgeordnete.

Bernhard Schemmer (CDU) sah in dem Antrag ein „Ablenkungsmanöver von der desolaten Wohnraumförderung dieser Landesregierung“. Sie gebe nur noch die Hälfte dessen für soziale Wohnraumförderung aus, was die schwarz-gelbe Landesregierung im Jahr 2009 investiert habe. Darüber hinaus hielt der Abgeordnete es für sehr bedenklich, Grundstücke ohne ein öffentliches Ausschreibungsverfahren zu veräußern. Im Übrigen erwecke der Antrag den Eindruck, als verfüge das Land bei seinen Immobilien über ein Riesenzugpotenzial für den Wohnungsbau, was nicht der Fall sei. Außerdem habe das Land bereits heute die angesprochenen Möglichkeiten.

„Meinen wir denn wirklich, dass wir als öffentliche Hand noch so viele Liegenschaften haben, dass wir eine wesentliche Wirkung auf das Quartier hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus durchsetzen können?“, fragte auch Holger Ellerbrock (FDP). Verkäufe auf der Basis von Wertgutachten erzielten weniger hohe Erlöse als Bieterverfahren, wandte der FDP-Sprecher zudem ein. Er stellte infrage, ob sich ein insolventes Land soziale Wohltaten leisten könne, die mit Ausnahme des Kölner Raums landesweit nur geringe Auswirkungen hätten. Ellerbrock bedauerte, dass keine gemeinsame Vorgehensweise versucht worden sei.

50 Prozent der Haushalte hätten Anspruch auf eine öffentlich geförderte Wohnung, aber nur 30 Prozent eines verkauften Landesgrundstücks solle dem

geförderten Wohnraum dienen, kritisierte Olaf Wegner (PIRATEN) SPD und GRÜNE. Diese Zahlen passten nicht zusammen. Zudem gab er zu bedenken: „Verkaufen kann man nur einmal. Mietpreisbindungen laufen aus, und danach gibt es keine Steuerungsmöglichkeit mehr durch das Land.“ Wegner brachte Erbpachtregelungen ins Spiel. Über diese und andere Aspekte hätte diskutiert werden können, meinte er. So aber sei der Antrag das Gegenteil einer offenen, gesprächsbereiten Politik.

Dem Vorwurf gekürzter Gelder entgegnete Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans (SPD): Unter Schwarz-Gelb habe man die Förderung des Einfamilienhäuschens für Bessergestellte als sozialen Wohnungsbau verkauft. Und bei Bieterverfahren werde zwar teils ein höherer, teils aber auch ein niedrigerer Wert erzielt, als per Gutachten festgesetzt. Auch gebe es durchaus Landesgrundstücke, die infrage kämen. Bürgermeister äußerten immer wieder die Bitte, diese erwerben zu dürfen. „Wir haben damit die Möglichkeit, auch bei Grundstücksverkäufen durch den BLB eine Balance von fiskalischen Interessen und sozialer Verantwortung zu schaffen.“

SOW

### Beschluss

Mit einer Stimmenmehrheit von SPD und GRÜNEN hat der Landtag den Antrag (Drs. 16/2278) angenommen. CDU, FDP und ein Teil der Piratenfraktion stimmten dagegen, der andere Teil enthielt sich.



# Kleine Box soll Leben retten

## Der Landtag novelliert die Bauordnung – Rauchmelder werden Pflicht

*20. März 2013 – Etwa 50 Brandopfer sind pro Jahr in NRW zu beklagen. Nun hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf (Drs. 16/1624) vorgelegt, der alle Wohnungsbesitzer verpflichtet, neue Wohnungen mit Rauchmeldern auszustatten und bereits bestehende Wohnungen bis Ende 2016 entsprechend nachzurüsten. Um die Wartung, etwa den Austausch der Batterien, sollen sich die Mieterinnen und Mieter kümmern. Unter den Fraktionen besteht im Grunde breite Einigkeit für die Idee. In der Plenardebatte ging es um Verbesserungsvorschläge.*



Foto: Schälte

Bezüglich der Lastenverteilung erklärte **Hubertus Kramer** (SPD), das Gesetz ermögliche auch eine vertragliche Einigung zwischen Eigentümer und Mietpartei, dass ersterer auch die Wartung der Rauchmelder übernehmen könne. Zudem wies er darauf hin, dass der Gesetzentwurf nicht zuletzt dem Beharren der Feuerwehr zu verdanken sei. „Wir bringen heute eine Gesetzesinitiative zu Ende, die nachhaltigen Schutz für Menschen bedeuten soll. Wir senden mit der Entscheidung auch die Botschaft an unsere Feuerwehren aus, dass wir ihre Arbeit zum Wohle unserer Mitbürger auch dadurch unterstützen wollen, dass wir endlich ihre zentrale Forderung erfüllen.“

„Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht“, bewertete **Klaus Vossemer** (CDU) den Gesetzentwurf und wies auf Kritikpunkte von Sachverständigen hin. So fehle Rechtssicherheit, wenn der Gesetzestext besondere Kontrollen nicht klar ausschließe. Die Kommunen würden durch den Batterieaustausch in allen Wohnungen, in denen der Staat die Miete zahle – Stichwort Hartz IV – finanziell belastet. Auch müssten die Anforderungen an Rauchmelder konkretisiert werden. Zudem kritisierte der Abgeordnete mangelnde Flexibilität. Der Eigentümer werde in seiner Entscheidung, selbst für die Wartung zu sorgen, zeitlich zu sehr festgelegt.

„Jeder einzelne durch Rauchmelder gerettete Mensch rechtfertigt die Einführung einer Pflicht zum Einsatz von Rauchmeldern“, bekräftigte **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE). Von der ersten Flamme bis zum Brand vergingen selten mehr als vier Minuten. Umso wichtiger sei es, in der davor liegenden Schwelbrandphase gewarnt zu werden. Denn im Schlaf nehme man den entstehenden Rauch später wahr als am Tag – lebensentscheidend später, sagte die Abgeordnete. Es gebe keine andere bekannte Maßnahme, die so wirkungsvoll und gleichzeitig so kostengünstig sei wie der Rauchmelder – ein Gerät koste in etwa 10 Euro, sagte sie.

„Wir sagen Ja zu Rauchmeldern“, erklärte **Holger Ellerbrock** für die FDP-Fraktion. Er schlug jedoch eine kleine Änderung vor, die es dem Vermieter flexibler ermögliche, selbst die Wartung der Rauchmelder zu übernehmen, um Sicherheit zu haben. „Ich will nicht verhehlen, dass ich, wenn ich in einer solchen Situation wäre, die Wartung gerne selbst übernehmen würde, um auf der sicheren Seite zu sein“, erklärte er. Darüber hinaus sprach der Abgeordnete von Optimierungspotenzial hinsichtlich der Kontrollen: „Was nützt ein Gesetz, wenn wir es nicht kontrollieren?“ Grundsätzlich aber könne seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

„Im Ansatz ist er ein richtiger Schritt, auch wenn er durchaus verbesserungswürdig ist“,

meinte auch **Stefan Fricke** (PIRATEN) zum Gesetzentwurf. Er fand den vorliegenden Entwurf halbherzig. „Perfektion hätte hier bedeutet, wenn dieser Gesetzentwurf die Anbringung von Rauchmeldern auch in allen anderen Wohnräumen vorgesehen hätte“ – und nicht nur in Schlafzimmern und Fluren als Fluchtwegen, begründete Fricke seine Position. „Was nützt ein Rauchmelder im Schlafzimmer, wenn im Wohnzimmer ein Schwelbrand ausbricht?“ Bis der Alarm ausgelöst werde, könne es bereits zu spät sein, weil Qualm und Gase sich schon verteilt haben könnten.

**Bauminister Michael Groschek** (SPD) argumentierte, es gehe darum, zunächst einmal das Gesetz im Grunde genommen einmütig zu verabschieden, um eine Mindestausstattung an Rauchmeldern zu gewährleisten. Natürlich sei noch mehr noch besser, antwortete er seinem Vorredner. Groschek vermutete aber, dass die meisten Haushalte ohnehin zusätzliche Rauchmelder anbringen würden, auch ohne gesetzliche Verpflichtung. Ausdrücklich dankte er den Feuerwehren, deren Hartnäckigkeit dabei geholfen habe, das Gesetz endlich so weit voranzubringen. Wenn sich in der Praxis Verbesserungsbedarf zeigen sollte, wolle man dies aufgreifen und umsetzen, versprach der Minister. sow

### Verabschiedet

Bei Enthaltung der CDU hat der Landtag den Gesetzentwurf (Drs. 16/1624) mit den Stimmen aller anderen Fraktionen angenommen.



## „Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Reiner Breuer (SPD)



Bernhard Schemmer (CDU)

**Bezahlbare Wohnungen sind mancherorts in NRW Mangelware. Um dem zu begegnen, ...**

... gilt es insbesondere, den sozialen Wohnungsbau auszubauen und Mietsteigerungen zu begrenzen. Die Förderkonditionen im sozialen Wohnungsbau haben wir attraktiver gemacht. Es müssen mehr Flächen für Wohnungsbau zur Verfügung gestellt und die Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften wieder durch Steuerbefreiungen gestärkt werden.

... muss die von der NRW.BANK bereitgestellte soziale Wohnraumförderung besser genutzt werden. Die Eigentumsförderung lag 2012 bei nur 171,5 Millionen Euro, die Förderung von Mietwohnungen lag bei nur 274,7 Millionen Euro. Damit wurde das zur Verfügung stehende Volumen nicht ausgeschöpft. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hat 2009/2010 mit mehr als einer Milliarde Euro doppelt so viel bewilligt.

**Um die Lebensqualität in baulich vernachlässigten Wohnquartieren zu verbessern, können Kommunen ...**

... darauf vertrauen, dass Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Wohnungswirtschaft auf Landesebene umgesetzt werden. Das betrifft insbesondere die notwendige Schärfung der Rechtsinstrumente für die kommunale Wohnungsaufsicht. Das sollte auch für die bundesgesetzlichen Vorgaben im Mietrecht oder im Baugesetzbuch gelten.

... von der Landesregierung erwarten, dass sie beim Umgang mit Problemimmobilien intensiver und besser beraten werden. Darüber hinaus muss der Absturz der Wohnraumförderung von über 1 Milliarde Euro im Jahr 2010 auf etwas über 500 Millionen Euro im Jahr 2012 beendet werden. Sogar frühere rot-grüne Landesregierungen waren 2003 und 2004 wesentlich besser.

**Wenn Kommunen oder kommunale Gesellschaften neue geförderte Wohnungen bauen, kommt es darauf an, ...**

... die Entwicklung des gesamten Wohnquartiers bzw. Stadtteils in den Blick zu nehmen. Nach Möglichkeit sollte auf Basis kommunaler Handlungskonzepte mit einer gezielten Quartiersförderung ein attraktives Wohnumfeld geschaffen, und die Bürgerinnen und Bürger sollten bei der Gestaltung mit einbezogen werden.

... sich zusätzlich der privaten Wohnungswirtschaft zu bedienen, weil die öffentliche Hand nicht alles leisten kann. Es muss nachfragegerecht gebaut werden, d.h. barrierefrei und multifunktional – ohne allerdings die Kosten durch unnötige Auflagen in die Höhe zu treiben. Hier hat die Landesregierung bisher zu wenig getan.

**Durch mehrfachen Eigentümerwechsel von Mietwohnungen kann ein Teil der Mieterrechte verlorengehen. Um dem bestmöglich vorzubeugen, ...**

... müssen die entsprechenden Rechtsinstrumente zum Schutz der Mieterinnen und Mieter (siehe oben) beibehalten bzw. fortentwickelt werden. Die bestehenden Kündigungssperrfristen müssen überprüft, der Genossenschaftsgedanke im Wohnungswesen sollte wiederbelebt werden.

... muss die Landesregierung die Schaffung von selbst genutztem Eigentum stärker fördern. Leider macht die Landesregierung das Gegenteil: Für 2013 sind nur noch 80 Millionen Euro für die Eigentumsförderung vorgesehen. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hat 2009 und 2010 jeweils über 550 Millionen Euro bewilligt.



## Diesmal zum Thema Wohnen.

Daniela  
Schneckenburger  
(GRÜNE)



... sorgen wir dafür, dass die Fördermittel des Landes auf den geförderten Mietwohnungsbau konzentriert werden, besonders in Städten mit stark steigender Miete. Als Beispiel für die Kommunen stellt das Land Grundstücke für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung; es nutzt seinen Handlungsspielraum zum Schutz von Mieterinnen und Mietern aus und setzt Mieterhöhungen bei Neuvermietungen klare Grenzen.

... auf die Städtebauförderung des Landes zurückgreifen. Sie können die Möglichkeiten der Wohnungsaufsicht, die ihnen das Land einräumt, nutzen und gegen die bewusste Vernachlässigung von Wohnraum einschreiten sowie die Spielräume des Baugesetzbuchs ausnutzen. Zudem zeigt der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ zahlreiche Vorschläge, um die Lage in Problemquartieren zu verbessern.

... dass sie dies nachhaltig tun. In einer Qualität, die städtebaulich und energetisch die Maßstäbe erfüllt, die auch in 30 Jahren marktfähig sind. Die Erfüllung von Barrierefreiheit und ein Niedrigstenergiehaus-Standard sind darum wichtige Bestandteile einer nachhaltigen Wohnungspolitik.

... sollte die kommunale Wohnungspolitik ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen und ihr kommunales Wohnungsunternehmen als wichtigen Akteur im Wohnungsmarkt stützen.

Holger Ellerbrock (FDP)



... muss neben der Landeswohnraumförderung auch privates Kapital für öffentliche Aufgaben verfügbar gemacht werden, da Privatanbieter maßgeblich zur Wohnraumversorgung beitragen. Investitionsanreize können unter anderem durch verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten geschaffen werden. Außerdem müssen Wohnungseigentümer vor überbordenden bürokratischen und rechtlichen Hemmnissen geschützt werden.

... Handlungskonzepte entwickeln und mithilfe von Förderprogrammen zur sozialen und baulichen Stabilisierung beitragen. In bestimmten Fällen könnten den Kommunen zudem Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums „schwarzer Schafe“ im Wohnungsmarkt leichter einzufordern. Hierzu hat die Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ Prüfaufträge formuliert.

... zeitgemäßen Wohnraum zu schaffen, den sich auch untere Einkommensgruppen leisten können. Denn während der kommunale Wohnungsbau in der Vergangenheit vor allem im Mittelfeld zugelegt hat, wurden günstige Wohnungen vielfach an Finanzinvestoren verkauft. Marode Immobilien wurden so aus den Portfolios entfernt. Gleichzeitig wurde aber auch der öffentliche Bestand an günstigem Wohnraum verringert.

... sollten bei öffentlichen Wohnungsverkäufen vertragliche Vorkehrungen zur rechtlichen Absicherung bestehender Mietverhältnisse getroffen werden. Im Rahmen solcher Sozialchartas können zudem Mindeststandards und -investitionssummen für zukünftige Sanierungen, der Ausschluss von Luxussanierungen oder ein Verbot von Einzelprivatisierungen festgelegt werden.

Oliver Bayer (PIRATEN)



... ist der soziale Wohnungsbau weiterzuentwickeln und auf die Bedürfnisse gemeinnütziger Bauträger auszurichten. Spekulativer Leerstand muss durch kommunale Zweckentfremdungssatzungen oder eine Landesverordnung verhindert werden. Der Bundesgesetzgeber muss zur wirkungsvollen Begrenzung der Mietpreisspirale gedrängt werden. Die Empfehlungen der Enquetekommission sind aufzunehmen und zügig umzusetzen.

... aufgrund ihrer Haushaltssituation leider oftmals nur wenig tun. Es ist daher auch ein Skandal, wenn die investive Förderung aus den Bundesprogrammen „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ gestrichen wird. Kommunen, die über eigene Wohnungsunternehmen verfügen, sollten Bestände übernehmen und nachhaltig bewirtschaften – mit einer aktiven Wohnungspolitik und offensiven Wohnungsaufsicht als Grundlage.

... Wohnungen in integrierten Lagen zu errichten und dabei „privilegierte“ Quartiere nicht auszusparen. Die Wohnungen sollten barrierefrei/-arm sein und qualitativ sowie energetisch hohen Standards entsprechen. Auch sollte mit dauerhaft günstigen Mieten kalkuliert werden – selbst über das Auslaufen der Bindungen hinaus. Um dies zu ermöglichen, sind kommunale Grundstücke preisgünstig bereitzustellen.

... dürfen öffentliche Wohnungsbestände nicht länger verkauft werden, sondern müssen weiterhin gemeinnützig bewirtschaftet werden. Vor allem gilt: Kauf bricht nicht Miete. Jedoch muss die Durchsetzung der Mieterrechte gestärkt werden, z.B. durch ein Verbandsklagerecht für Mietervereine. Landesrechtliche Regelungsmöglichkeiten (z.B. Kündigungssperrfristverordnung) sind so weit wie möglich auszunutzen.



## Laufende Gesetzgebung

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/2556	Errichtung des Landesamtes für Finanzen und Änderung weiterer Gesetze, LR	Vorschlag: Haushalts- und Finanzausschuss	1. Lesung 24.4.2013
16/2432	Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz), LR	Vorschlag: Ausschuss für Schule und Weiterbildung	1. Lesung 24.4.2013
16/2336	Entpolitisierung der Polizei, FDP	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 24.4.2013
16/2287	Einführung der untergesetzlichen Normenkontrolle nach § 47 Abs. 1 Nr. 2 Verwaltungsgerichtsordnung, FDP	Rechtsausschuss	Anhörung geplant
16/2279	Schutz und Pflege der Denkmäler in NRW, SPD/GRÜNE	Bauausschuss	in Beratung
16/2256	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW und des Polizeiorganisationsgesetzes, LR	Innenausschuss	Anhörung 8.5.2013
16/2255	Änderung des Ausführungsgesetzes des Landes NRW zum Zensusgesetz 2011, LR	Innenausschuss	abschließende Ausschussberatung voraussichtlich 2.5.2013
16/2148	Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in NRW, LR	Hauptausschuss	Anhörung 2.5.2013 Beratung mit Drs. 16/2135
16/2135	Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz, PIRATEN	Hauptausschuss	Anhörung 2.5.2013 Beratung mit Drs. 16/2148
16/2124	Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge, CDU	Kommunalausschuss	Ausschussberatung 3.5.2013

Drucksache	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Geplante) Beratungsschritte
16/2097	Änderung des Landesforstgesetzes, GRÜNE	Umweltausschuss	Anhörung geplant
16/1625	Dienstrechtsanpassungsgesetz für NRW, LR	Haushaltsausschuss	abschließende Ausschussberatung 7.5.2013 2. Lesung 15./16.5.2013
16/1572	Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, LR	Wirtschaftsausschuss	2. Lesung 24.4.2013
16/1435	Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in NRW, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 24.4.2013
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschaftsausschuss	Anhörung 7.5.2013
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Sozialausschuss	abschließende Ausschussberatung 8.5.2013
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR – Heilberufe –	Sozialausschuss	2. Lesung 24.4.2013
16/1167	Änderung des Feuerweschutzes und der Hilfeleistung (FSHG), CDU – Kinderfeuerwehren –	Innenausschuss	in Beratung
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung 24.4.2013
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umweltausschuss	in Beratung
16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunalausschuss	in Beratung
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung – aktuell im Plenum entschieden

Drucksache	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/2041	Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Verfassungsschutzgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 27.1.2013 2. Lesung 20.3.2013	angenommen
16/1821	Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz	Landesregierung	1. Lesung 23.1.2013 2. Lesung 20.3.2013	angenommen
16/1624	Änderung der Landesbauordnung	Landesregierung	1. Lesung 13.12.2012 2. Lesung 20.3.2013	angenommen
16/1468	Stärkung der kommunalen Demokratie	SPD/GRÜNE	1. Lesung 29.11.2012 2. Lesung 20.3.2013	angenommen
16/1286	Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes	Landesregierung	1. Lesung 12.12.2012 2. Lesung 20.3.2013	angenommen
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel	Landesregierung	1. Lesung 13.9.2012 2. Lesung 20.3.2013	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



# Nachfragen zum Nahverkehr

Sachverständige erläutern, was sie von einer Datenerhebung halten und wie sie das Zusammenspiel mit dem Fernverkehr beurteilen

15. April 2013 – In gleich zwei Anhörungen haben sich Fachleute im Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) mit dem öffentlichen Nah- und Fernverkehr in Nordrhein-Westfalen befasst. Auf CDU-Antrag (Drs. 16/1474) standen der Ausbau des Nahverkehrs sowie die Verbesserung des Fernverkehrs auf der Tagesordnung. Wenige Stunden zuvor hatten Experten auf Antrag der PIRATEN (Drs. 16/1258) bereits über eine von der Fraktion geforderte Studie zur Finanzierungsstruktur des ÖPNV-Systems beraten.

Konkret fordern die PIRATEN in ihrem Antrag, zusätzliche Grundlagendaten zu erheben, um die Finanzierungsstrukturen im öffentlichen Nahverkehr im Vergleich zum Individualverkehr transparent darlegen zu können.

Volker Wente vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen begrüßte dies grundsätzlich, betonte aber wie auch zahlreiche weitere Fachleute, dass eine Vielzahl an validen Daten bereits vorliege. Dem widersprach Lothar Ebbers vom Fahrgastverband Pro Bahn. So fehle bislang zum Beispiel ein zentrales Portal zum Abruf von Fahrgastdaten.

Zahlen von privatwirtschaftlichen Unternehmen könnten nicht alle ohne Weiteres veröffentlicht werden, gab hingegen Dr. Norbert Reinkober vom Zweckverband Nahverkehr Rheinland zu bedenken. Jörg Mühlenhaupt von IT.NRW betonte, für eine Datenerhebung brauche man eine gesetzliche Grundlage.

Dr. Martin Arnold von der Intraplan Consult GmbH machte zudem deutlich, dass ein Kostenvergleich zwischen den unterschiedlichen Verkehrsträgern nicht alleiniges Entscheidungskriterium für die Gestaltung des Verkehrsangebots sein dürfe: Der ÖPNV diene der Daseinsvorsorge, darüber hinaus gebe es individuelle

Präferenzen – beides sei wichtig. In diesem Zusammenhang warnte Rolf Zimmermann von den Baugewerblichen Verbänden vor einer „einseitigen Verteufelung des Individualverkehrs“.

Martin Husmann lenkte den Fokus der Debatte weg von der Datenerhebung hin zu perspektivisch konkreten Zielen für den Nahverkehr. Er plädierte dafür, in den kommenden zehn bis 15 Jahren schwerpunktmäßig in die bestehende Infrastruktur zu investieren. Dies werde bereits so teuer, dass für Neues wohl kaum noch Geld bleibe. Auch Joachim Brendel von der Industrie- und Handelskammer meinte: „Vielmehr als ein Datenproblem haben wir ein Umsetzungsproblem.“

## NAH- UND FERNVERKEHR

In der zweiten Expertenanhörung widmete sich der Verkehrsausschuss dem Zusammenspiel von Nah- und Fernverkehr. Konkret ging es um die Auswirkungen des geplanten Rhein-Ruhr-Expresses (RRX) auf Intercity-Verbindungen. Die CDU-Fraktion fordert, das Intercity-Angebot möglichst in ein Gesamtkonzept mit dem RRX zu integrieren, und will verhindern, dass der RRX eine Ausdünnung der Intercity-Strecken zur Folge hat.

Diese Gefahr sah Volker Wente nicht. Der Bedarf zwischen Dortmund und Köln sei groß genug für ein Nebeneinander von Nah- und Fernverkehr.

Burkhard Bastisch vom Nahverkehr Westfalen-Lippe berichtete,

wo Fernverkehrsangebote außerhalb des Ballungsraums in der Vergangenheit weggefallen seien, habe der Nahverkehr dies auffangen müssen. Ein Fernverkehrshalt sei aber ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen vor Ort, gab Joachim Brendel zu bedenken.

Zur Integration gab es verschiedene Überlegungen. Einen integrierten Nah- und Fernverkehr befürwortete beispielsweise Hans Leister von der Initiative Deutschlandtakt. Er schaute über die Landesgrenzen in die Niederlande und in die Schweiz, wo es einen einheitlichen Tarif gebe. „Sie können von überall nach überall ein Ticket lösen“, erklärte er. Abgerechnet werde hinterher unter den verschiedenen Anbietern. Dort, ergänzte Lothar Ebbers, könne man einen Aufschlag für eine Fahrt im Intercity bezahlen und dann mit einem Nahverkehrsticket einsteigen. Eine solch flexible Lösung unterstützte auch Jürgen Eichel vom Verkehrsclub Deutschland und veranschaulichte zum Vergleich: „Man darf ja auch mit einem Kleinwagen auf die Autobahn.“ Diskutiert wurde daher auch, ob es in NRW auf der Schiene eine künstliche Trennung von Nah- und Fernverkehr gebe.

„Besteht denn wirklich das Bedürfnis, alles zu harmonisieren?“, fragte Wente und wandte sich damit an die Kritiker unterschiedlicher Lösungen in verschiedenen Verkehrsverbänden in NRW: „Wer ist denn ständig in fünf Verbänden unterwegs?“

Christoph von Nell von der Spiekermann AG Consulting Engineers, Berater in Verkehrsfragen, meinte, das Themenfeld sei so komplex, dass man eine große Lösung ohnehin nicht finde. Er riet deshalb zu konkreten Ansätzen in Einzelfragen. Einig waren sich alle Sachverständigen darin, dass die Infrastruktur im Rhein-Ruhr-Ballungszentrum dringend ausgebaut werden müsse.

sow/bra

Fotos: Schälte





## +++Meldungen+++

### Neubau Landesarchiv wird zuerst untersucht

(12.04.2013) Der **Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA)** zu Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB, Vorsitz Sven Wolf, SPD) hat die Reihenfolge festgelegt, nach der die Untersuchungsobjekte bearbeitet werden sollen. Danach wird sich der PUA BLB zunächst dem Neubau des Landesarchivs in Duisburg widmen und im Anschluss die weiteren Objekte untersuchen. Das haben die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN mehrheitlich im Ausschuss entschieden.

### Länderminister einig bei Integration

(10.04.2013) Im **Integrationsausschuss** (Vorsitz Arif Ünal, GRÜNE) berichtete der zuständige Minister Guntram Schneider (SPD) von Ergebnissen der 8. Integrationsministerkonferenz der Länder Ende März. Dass diese sich mit Zweidrittelmehrheit für die doppelte Staatsbürgerschaft ausgesprochen habe, bezeichnete Schneider als Quantensprung. Ebenso habe die Konferenz ein Ende der Optionspflicht gefordert, nach der Jugendliche mit ausländischen Wurzeln sich entscheiden müssen, welche Staatsbürgerschaft sie als Volljährige annehmen möchten. Besonders erfreut war der Minister über ein einstimmiges Votum der Integrationsminister, das auf einen Beschluss des NRW-Landtags zurückgehe: Menschen in laufenden Asylverfahren oder Duldung sollen an den Sprachkursen der Integrationskurse des Bundes teilnehmen dürfen. Der Ausschuss begrüßte die Beschlüsse der Integrationsministerkonferenz.

### Ladenöffnungszeiten auf dem Prüfstand

(10.04.2013) Der **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** (Vorsitz Georg Fortmeier, SPD) hat über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Ladenschlussgesetzes beraten. Die Landesregierung plant damit unter anderem, verkaufsoffene Sonntage an bestimmte Anlässe vor Ort zu koppeln und ihre Anzahl zu begrenzen, wogegen sich die FDP aussprach. Sie hält ebenso wie die CDU das bestehende Gesetz für ausreichend und befürchtet ein Zuviel an Bürokratie und Umsatzeinbußen für den Einzelhandel. Der Gesetzentwurf sieht außerdem Klarstellungen und Korrekturen bezüglich der zulässigen Warensortimente für den Sonntagsverkauf vor.

Ein SPD-Sprecher nannte zur Begründung als Beispiel den Gartenbedarf, in dem nicht nur der sonntägliche Blumentopf, sondern auch der Rasenmäher verkauft werde. Brötchen und Blumen soll es auf Bitten des Handels laut Gesetzentwurf künftig an Ostern, Weihnachten und Pfingsten nicht mehr jeweils am zweiten, sondern am ersten Feiertag geben. Offen ist noch, ob im Advent einer oder zwei verkaufsoffene Sonntage erlaubt werden. Die GRÜNEN betonten, im Mittelpunkt des Ge-

Kommunen dazu entschlossen, auch Steuern zu erhöhen und damit die Einnahmeseite zu verbessern. Das gehe eben schneller, funktioniere aber nur einmal, gab Haßenkamp zu bedenken. In der für die Kommunen freiwilligen Beratung durch die GPA gehe es aktuell nun um die tatsächliche Umsetzung der Pläne. „Wir wussten, wenn wir so einen Weg gehen, verkauft man nur Grausamkeiten“, war sich Haßenkamp, selbst ehemaliger Kommunalpolitiker, bewusst. Aus diesem Grund habe man immer versucht, von Anfang an auch die Fraktionsvorsitzenden im Rat miteinzubeziehen, damit der politisch schwierige Prozess – möglichst fraktionsübergreifend – gelinge. Insgesamt umfassten die Haushaltssicherungspläne aus den Kommunen über 4.200 Maßnahmen mit einem Einsparpotenzial von über 5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2021. Schwerpunkte lägen auf der Organisationsoptimierung, auf Einsparungen beim Personal, auf Beteiligungen und auf niedrigeren Standards.



setzes stehe nun der Sonntagsschutz – nicht nur für den Gottesdienst, sondern auch für Erholung und gemeinsame Zeit mit der Familie.

### Stand der kommunalen Sparbemühungen

(12.04.2013) Wie es mit der Umsetzung des Stärkungspakts Kommunalfinanzen stehe, wollten die Mitglieder des **Ausschusses für Kommunalpolitik** (Vorsitz Christian Dahm, SPD) wissen. Im Ausschuss berichtete Werner Haßenkamp, der Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) NRW, über die Beratungstätigkeit seiner Behörde in den Kommunen. „Wir respektieren die kommunale Selbstverwaltung“, nannte er die Grundvoraussetzung der Beratungstätigkeiten mit dem Ziel, die erforderlichen Einsparpotenziale zu finden, die für die Haushaltssicherungspläne der betreffenden Kommunen erforderlich seien. Im Fokus der Sanierungsmaßnahmen habe dabei zunächst immer die Ausgabenseite gestanden, erklärte der Berater. Geld einzusparen, bedeute jedoch in aller Regel, beim größten Posten, dem Personal, anzusetzen, und sozialverträgliche Lösungen brauchten Zeit. Da aber der erste Haushaltssicherungsplan in kürzester Zeit habe vorliegen müssen, hätten sich viele

### Anhörung zu Bergrechts-Novelle

Thema im Unterausschuss Bergbausicherheit (Vorsitz Frank Sundermann, SPD) war ein Antrag der CDU-Fraktion zu einer Reform des Bundesbergrechts (Drs. 16/1618). Bei der Anhörung ging es vor allem um Bergschäden. Ein zentrales Thema war die Tatsache, dass sogenannte Markscheider, die Risskarten mit Bodenrissen und Senkungen anfertigen, in vielen Fällen Beschäftigte der Kohleunternehmen sind. Sprecher von RAG und RWE betonten, ihre Unternehmen stellten organisatorisch sicher, dass diese Fachkräfte unabhängig arbeiten könnten. Das Bundesgesetz sehe ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit auch nicht vor, erklärte ein Rechtsanwalt. Wichtig sei aber eine funktionierende Aufsicht, ergänzte er. Eine bessere Aufsicht ebenso wie eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Markscheider forderten Vertreter von Organisationen, die sich mit Bergschäden befassen. Wenn die Aufsichtsbehörde bei Unternehmen nachfrage, ob sie die Unabhängigkeit der Fachkräfte gewährleisten könnten, sei das, als frage man den Fuchs: „Hast du die Gans wirklich gefressen?“ Kritisiert wurden zudem unbrauchbare Kartenwerke. Es stand die Frage im Raum, ob die für die Regulierung von Bergschäden so wichtigen Markscheider wieder Beamte werden sollten, schließlich leisteten sie auch eine Gefahrenabwehr – wie die Polizei.



## Lob für Löschzwerge

### Sachverständige unterstützen Gesetzentwurf für Kinderfeuerwehren

**11. April 2013 – Die Freiwillige Feuerwehr sorgt sich um Nachwuchs. Die Jugendfeuerwehren nehmen erst Zehnjährige auf – zu diesem Zeitpunkt haben sich aber viele schon für andere Vereine entschieden. Vereinzelt gibt es zwar Kinderfeuerwehren für Knirpse ab sechs Jahren. Weil sie aber noch an keinen Einsätzen beteiligt seien, fehle der Versicherungsschutz. Ein Grund für die CDU-Fraktion, einen Gesetzentwurf (Drs. 16/1167) vorzulegen, der das ändern und den Weg bereiten soll für mehr Kinderfeuerwehren im Land. Sachverständige unterstützten das Vorhaben in einer Anhörung im Innenausschuss (Vorsitz Daniel Sieveke, CDU).**

Pilot, Astronaut und Feuerwehrmann – so beschrieb Sabine Voss von der Feuerwehr Dormagen die Berufswünsche vieler Kinder und schloss daraus: „Hier liegt das Potenzial, das es auszunutzen gilt.“ Die Feuerwehrfrau konnte aus der Praxis berichten: „Wenn Sie sehen könnten, mit welchem Feuereifer unsere Löschzwerge ans Werk gehen, da geht Ihnen das Herz auf.“ In Dormagen jedenfalls schreibe die Kinderfeuerwehr eine Erfolgsstory. Es gelinge durchaus, viele Kinder später in die Jugend- und dann sogar in die Erwachsenenfeuerwehr zu übernehmen. Die Kinderfeuerwehr koste weit weniger als die Folgen in der Zukunft, wenn es nämlich an Einsatzkräften fehle. Wichtig war ihr eine Regelung zum Versicherungsschutz. Die Feuerwehr zahle derzeit eine private Unfallversicherung für die Kinder und lebe mit dem Risiko einer fehlenden Haftpflichtversicherung.

Bernd Schneider vom Verband der Feuerwehren in NRW sagte, die Feuerwehren seien gespalten in der Frage der Löschknirpse – wie vor 50 Jahren, als es um Jugendfeuerwehren gegangen sei, die es heute fast überall gebe. Ihm war es wichtig, dass die Feuerwehren praktikable Handlungsempfehlungen an die Hand bekämen und dass Kinderfeuerwehren geordnet eingeführt würden – wenn auch, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, für jede Kommune freiwillig.

Für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände lobte Hans-Gerd von Lennep die Kann-Regelung im Gesetz. Erstens müssten dann Bedenken-träger keine Bambinifeuerwehren gegen ihre

Überzeugung einrichten, und zweitens lasse sie den Kommunen finanziellen Handlungsspielraum. Anders als wenn eine bestimmte Finanzierung gesetzlich festgeschrieben würde, bleibe so Raum für individuelle Lösungen, die die Stadtkasse nicht belasteten, wie etwa Sponsoring und Ähnliches.

„Kinder wollen als Feuerwehrleute erkannt werden“, brachte Edgar Stary von der Gewerkschaft Verdi die Sprache auf passende Kleidung für die Löschzwerge. Zwar müsse man sich darüber unterhalten, wer entsprechende Kosten übernehme, aber wie alle anderen Sachverständigen sah Stary kein besonders

großes Problem bei der Finanzierung. Wichtig fand er hingegen die Frage, wer sich denn mit den Sechsjährigen befassen solle und welche pädagogischen Voraussetzungen erfüllt sein müssten.

Darauf antwortete Schneider: Eltern zu sein und selbst Kinder zu haben, das sei die beste Voraussetzung und die wichtigste Ausbildung. Die Betreuung der Knirpse stelle sich leichter dar als bei Jugendlichen. Eltern und freiwillige Betreuerinnen oder Betreuer mit pädagogischem Hintergrund, beispielsweise mit Kindergartenerfahrung, könnten hinzukommen.

#### KOSTEN KEIN PROBLEM

Diese Position unterstützte der Praktiker Georg Würth. Der Feuerwehrmann aus Kierspe leitet seit knapp zwei Jahren selbst eine Kinderfeuerwehr. Dort sei die Betreuung durch Eltern und freiwillige pädagogische Kräfte völlig ausreichend. Auch Kosten seien kein Problem, berichtete er aus seiner – überschuldeten – Stadt, die nur die Versicherungskosten trage. Ansonsten arbeiteten die Löschzwerge kostenneutral. Würth nannte noch zwei weitere Aspekte, um den Gesetzentwurf zu unterstützen: Zum einen bekomme man über die

Kinderfeuerwehr, die auch kleine türkische und italienische Feuerwehrmänner habe, Zugang zu Menschen mit Migrationshintergrund, die sonst der Feuerwehr als staatlicher Organisation eher verschlossen gegenüberstünden. Zum anderen sei der Zugang zur Jugendfeuerwehr in einem Alter ab zehn Jahren besonders schwer, weil die Kinder gerade die Schule wechselten, sich neu sortieren müssten und erst einmal mit sich selbst beschäftigt seien. Wenn sie aber schon vorher einer Kinderfeuerwehr angehört hätten, könne diese in der Umbruchphase ein Ruhepol und Rückzugsort sein. „Sie haben es in der Hand“, appellierte Feuerwehrfrau Voss an die Ausschussmitglieder. sow

Foto: Schälte





# Aus den Fraktionen

## SPD-Fraktionsvorsitzende treffen sich in Düsseldorf

Zwei Tage lang war die Villa Horion Schauplatz der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz der SPD aus Bund und Ländern. Zuletzt hatte die nordrhein-westfälische Landtagsfraktion 2008 diese Runde ausgerichtet, damals mit Hannelore Kraft als Gastgeberin. Diesmal war Norbert Römer Gastgeber und Kraft Gast.

Thema waren unter anderem die Herausforderungen, die sich aus der Armutswanderung für die Länder und vor allem die Kommunen ergeben. Dortmunds Sozialdezernentin Birgit Zörner und Innenminister Ralf Jäger berichteten über die konkrete Situation in nordrhein-westfälischen Städten.

Weitere Diskussionspunkte waren der Stand der Energiewende und die Idee der Bürgerversicherung als Zukunftsmodell für das Gesundheitssystem. ■



## Beamtenbezüge: Rot-Grün begeht Wortbruch

Mit einem „Offenen Brief“ haben sich der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet und der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann (Foto) an die Beamten und Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalens gewandt. Anlass ist die Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, die Beamten von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln und die Tarifbeschlüsse des öffentlichen Dienstes nicht zu übernehmen.



Die CDU kann den Unmut über die getroffene Entscheidung sehr gut nachvollziehen. Noch im Dezember 2011 hatte Ministerpräsidentin Kraft gegenüber dem Deutschen Beamtenbund schriftlich versichert, dass keine weiteren Einschnitte bei der Beamtenschaft

geplant seien. „Frau Kraft und die rot-grüne Landesregierung haben mit ihrer Entscheidung ganz klar Wortbruch begangen. Das ist ungerecht und stellt genau das Gegenteil all der lautstarken und wiederholten Versprechungen der Vergangenheit dar“, kritisierte Laumann. Bereits in den letzten Jahren haben die Beamteten durch umfangreiche Einsparungen aller Landesregierungen – auch der CDU/FDP-Regierung – zur Konsolidierung beigetragen.

Damit der öffentliche Dienst auch in Zukunft leistungsfähig bleiben kann, ist es notwendig, dass Beschäftigte und Beamte fair und ordentlich bezahlt werden. Mit der Weigerung der NRW-Landesregierung, Strukturreformen durchzuführen und einem daraus resultieren-

den weiteren Auseinanderfallen der Einkommensentwicklung, werde der öffentliche Dienst in Nordrhein-Westfalen geschwächt. „Wortbruch und Willkür“ dürften nicht – wie bei Rot-Grün – das Kennzeichen der Personalpolitik sein. „Wenn die Bevölkerung kleiner wird, muss auch die Zahl der Angehörigen im öffentlichen Dienst zurückgehen. Wir als CDU halten dafür auch eine Demografiequote, also einen jährlichen Rückgang der Personalausgaben um 1,5 Prozent, für richtig“, erklärte Laumann abschließend. Der Brief ist online zu finden: <http://www.cdu-nrw-fraktion.de>. ■





## Inklusion hat viele Gesichter

„Menschen sind nicht behindert – sie werden behindert!“ – Diese Worte eröffneten die Fachveranstaltung der GRÜNEN Landtagsfraktion zum Thema Inklusion.

Inklusion bedeutet die volle, gleichberechtigte und wirksame Teilhabe aller Menschen von Anfang an. Aber Behinderungen finden sich in vielen zentralen Lebensbereichen und machen Menschen mit Handicaps das Leben schwer, oft schwerer als nötig. Was bedeutet die Umsetzung der Inklusion nun konkret, etwa für die Planung von Häusern und Wohnungen? Wie sieht der ideale inklusive Stadtteil aus? Was heißt Inklusion im Hinblick auf private und öffentliche Mobilität? Wie kann und muss sich der Arbeitsmarkt auf die heterogenen Anforderungen einstellen? Welche Hürden gilt es, bei der Kommunikation zu beachten, um Menschen in



einer zunehmend vernetzten Welt nicht per se auszugrenzen?

Um die einzelnen Aspekte intensiv bear-

beiten zu können, diskutierten die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in fünf Foren mit Abgeordneten und Fachreferenten über verschiedene Aspekte, Probleme und Abhilfen. Fast 20 Sachverständige hatte die Fraktion eingeladen, die aus Sicht der Ministerien, der Kommunen, verschiedener Institutionen, Verbände und Initiativen ihre Erfahrungen einbrachten. Begleitet wurde die Veranstaltung zum Teil von Gebärdensprachdolmetscherinnen, um auch Gehörlosen das Verfolgen der Diskussion zu ermöglichen.

In den kommenden Wochen wird nun eine umfassende Dokumentation erarbeitet, die die Beiträge der Fachleute und die Diskussionen zusammenfasst – diese kann dann im federführenden Büro von Manuela Grochowiak-Schmieding MdL bestellt werden.

Die große Resonanz auf diese Veranstaltung hat deutlich gemacht, wie dringend der Informations- und Diskussionsbedarf zum Thema Inklusion ist – die GRÜNEN im Landtag werden auch deshalb weiter den Austausch fördern. Kontakt: [www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de)



## FDP-Fraktionen NRW und Baden-Württemberg: Weg zur leistungslosen Schule stoppen

Die Landtagsfraktionen der FDP Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben bei einer gemeinsamen Sitzung im Düsseldorfer Landtag den Beschluss „Entwicklung zur leistungslosen Schule verhindern – Bestmögliche Förderung in einem differenzierten Schulwesen sichern“ gefasst. „Grüne und SPD bahnen

in Baden-Württemberg und NRW im Gleichschritt den Weg zur leistungslosen Schule“, kritisierten die Fraktionsvorsitzenden aus Baden-Württemberg und NRW, Hans-Ulrich Rülke und Christian Lindner. Die Fraktionen warnen vor einer Absenkung des Bildungsniveaus und fordern faire Unterrichtsbedingungen für alle Schulen, den Ausbau der Gestaltungsfreiheit der Schulen bei gleichzeitig verbindlichen Leistungs- und Qualitätsstandards.

SPD und Grüne führen durch die schleichende Absenkung von Leistungsstandards, die Abschaffung von Noten und die pauschale Diskreditierung von Klassenwiederholungen eine schrittweise Nivellierung der Schulkultur herbei, bemängeln die beiden Fraktionen. Die rot-grüne Schulpolitik hat langfristig das Ziel, insbesondere die Gymnasien abzuschaffen. In Baden-Würt-

temberg wird dies auch durch die Ausbildung von Einheitslehrern vorangetrieben.

Nur eine Bildungspolitik, die individuelle Begabungen, Neigungen und Talente aller Schüler in den Blick nimmt, eröffne Chancen des sozialen Aufstiegs und fördere sowohl leistungsschwächere als auch leistungsstärkere Schüler, heißt es in dem Beschluss. „Der von Grünen und SPD beschrittene Weg zur leistungslosen Schule muss gestoppt werden. Er widerspricht dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit und der individuellen Fairness und stellt letztlich eine Gefahr für die Qualität des Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturstandorts Deutschland dar“, erklärt Lindner.



## Mitdiskutieren: Verkehrspolitik – wohin führt uns der Weg?

Wie muss eine Verkehrspolitik für die kommenden Jahrzehnte aussehen? Wir wagen einen Blick in die Zukunft und laden vom 24. bis 26. Mai 2013 zur Verkehrswendekonferenz in die Räumlichkeiten der Fachhochschule Düsseldorf ein. „Die Veranstaltung soll Fachwissen, Ideen und Konzepte zusammenführen, um Prognosen und Lösungen für die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zu entwickeln“, erklärt Oliver Bayer, Verkehrsexperte und baupolitischer Sprecher der Piratenfraktion.

Neben dringend notwendigen Alternativen zum Straßenverkehr wird es ein wichtiges Thema der Verkehrswendekonferenz sein, Finanzierungsmöglichkeiten für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik zu finden. Insgesamt wird künftig immer weniger Geld für alle Verkehrsträger zur Verfügung stehen. Darüber waren

sich die Sachverständigen in der von der Piratenfraktion im Landtag initiierten Anhörung zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einig. „Einen Lösungsansatz sehen wir in einem ticketlosen ÖPNV, bei dem die Kosten über eine pauschale Umlage abgedeckt würden“, erläutert Bayer. „Dass dieses Konzept auch die anderen Verkehrszweige entlastet, zeigen die Erfahrungen in der estnischen Stadt Tallinn. Sogar ganz ohne flankierende Maßnahmen hat dort ein teilweise entgeltfreier ÖPNV zu einem Rückgang des Autoverkehrs in der Innenstadt von 15 Prozent geführt.“



Diese und viele andere Ideen werden wir mit Workshops, Vorträgen und zahlreichen Diskussionsrunden weiterentwickeln. Dazu haben wir eine Reihe externer Referenten

eingeladen, die den Teilnehmern fundierte Informationen vermitteln werden. Wir freuen uns auf alle, die mitmachen möchten. Mehr Infos gibt es auf: [www.verkehrswendekonferenz.de](http://www.verkehrswendekonferenz.de).



**PIRATEN  
FRAKTION**  
IM LANDTAG NRW



AUSSCHÜSSE



## Ärztmangel auf dem Land

### OWL-Kliniken für Kooperation mit Bochumer Uni

17. April 2013 – Ländlichen Regionen gehen zunehmend Ärztinnen und Ärzte aus, die sich vor Ort um die Versorgung der Menschen kümmern. Über mögliche Lösungsansätze haben nun Fachleute im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung (Vorsitz Arndt Klocke, GRÜNE) beraten. Diskussionsgrundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 16/1475), die dafür wirbt, eine medizinische Fakultät in Ostwestfalen-Lippe (OWL) zu schaffen. In der Anhörung sprachen sich jedoch Vertreter mehrerer Kliniken der Region bei der Mediziner Ausbildung kurzfristig für eine Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum aus. Wie auch die CDU erhoffen sie sich davon, mehr junge Absolventinnen und Absolventen in OWL halten zu können. Der Vertreter des Medizinischen Fakultätentags bezweifelte allerdings einen solchen „Klebe-Effekt“.

Eine eigene medizinische Fakultät gibt es in Bielefeld und damit in ganz OWL bislang nicht – auch wenn die Diskussion um das Thema schon einige Jahre alt sei, erläuterte der Rektor der Universität Bielefeld, Prof. Dr. Gerhard Sagerer. Nachdem klar gewesen sei, dass eine eigenständige Fakultät aus Landesmitteln wohl nicht finanzierbar sei, liege derzeit ein Eckpunktepapier zur Ausweitung des „Bochumer Modells“ auf dem Tisch. Für die angedachten 60 Studierenden hieße dies konkret: Theorie in Kooperation mit der Uni Bochum, Praxis an Kliniken in OWL.

Dieser Weg sei in der Tat sehr geeignet, um in der Region kostengünstig und zeitnah eine medizinische Ausbildung zu etablieren, unterstrich der Dekan der Bochumer Medizinfakultät, Prof. Dr. Klaus Überla. Umsonst gebe es das allerdings nicht: Die Zuweisung pro OWL-Studienplatz müsse derjenigen für Studierende der Universität Bochum entsprechen.

Zustimmung für ein ausgeweitetes Bochumer Modell kam auch von der Ärztekammer Westfalen-Lippe: „Der Handlungsdruck ist größer geworden“, befand Kammerpräsident Dr. Theodor Windhorst. Den Kliniken in OWL falle es zunehmend schwerer, Stellen neu zu

besetzen, unterstrichen Dr. Joachim Feldkamp vom Klinikum Bielefeld und sein Kollege Prof. Dr. Ulrich Tebbe vom Klinikum Lippe-Detmold einhellig.

#### KLEBE-EFFEKT

Ähnlich wie Prof. Dr. Wolf-Dieter Reinbold, ärztlicher Direktor des Johannes Wesling Klinikums Minden, erhoffen sie sich von einer gemeinsamen medizinischen Ausbildung mit Bochum neue Chancen für die Region. Dies sei ein längst überfälliger Schritt, betonte auch Dr. Thomas Krössin, Geschäftsführer des Evangelischen Krankenhauses Bielefeld. Notwendige Basis sei eine auskömmliche Finanzierung durch Landesmittel – die bisherigen Konzepte reichten in dieser Hinsicht noch nicht aus, merkte Michael Ackermann, Geschäftsführer des Bielefelder Klinikums, an. Windhorst forderte die Politik daher auf, endlich grünes Licht zu geben – oder wie es der Notfallarzt Prof. Dr. Friedrich Mertzluft formulierte: „Hauchen Sie dem Halbtoten Sauerstoff ein.“

Langfristiges Ziel für Ostwestfalen-Lippe sollte ganz klar ein eigener Modellstudiengang

„Humanwissenschaften“ in Bielefeld sein, so Prof. Dr. Eckhart Hahn, Dekan der medizinischen Fakultät in Oldenburg. Dieses Ziel müssten die Beteiligten über das aufgestellte Kooperationskonzept anstreben, empfahl er. Ein starker Partner wie die Universität Bochum könne den Prozess beschleunigen. Entscheidend für den Klebeeffekt ist laut Hahn in jedem Fall, dass die Studierenden dabei schon im ersten Semester in der Region verankert werden. Das aktuelle Kooperationskonzept sehe dies jedoch erst nach etwa vier Jahren vor. Hier müsse nachgebessert werden.

Ob nun gleich mit eigener medizinischer Fakultät oder dem Bochumer Modell: Prof. Dr. Wilhelm Schmitz vom Medizinischen Fakultätentag bezweifelte grundsätzlich, dass der gewünschte Klebeeffekt tatsächlich eintrete: „Wenn es ihn gibt, dann eher in den Großstädten“, meinte er. Vielmehr seien andere berufliche Anreize notwendig, damit neue Ärztinnen und Ärzte in die ländlichen Regionen kämen. Zudem gab er zu bedenken, dass die Bochumer Fakultät schon ohne weitere OWL-Studierende unterfinanziert sei. Schmitz warnte daher die Abgeordneten: „Es ist eine Rieseninvestition ohne sicheres Ergebnis – das müssen Sie sich vor Augen führen.“ *bra*



## Im Interview: Reiner Priggen (GRÜNE)



**Herr Priggen, von 2005 bis 2010 waren die GRÜNEN in der Opposition, dann zwei Jahre Minderheitsregierung, seit gut einem Jahr eine komfortable Mehrheit mit der SPD, vor 2005 Koalitionen mit Johannes Rau, Wolfgang Clement und Peer Steinbrück. Welche Zeit war die schwierigste für den langjährigen Landesvorsitzenden und Fraktionschef seit 2010?**

Ich erlebe jetzt die vierte Koalition mit der SPD, das heißt, ich bin eine Art Koalitionsfossil. Jede Zeit hatte ihren Reiz, wir haben in jeder Phase unglaublich viel gelernt. Aber jetzt haben wir einen ganz anderen Umgang miteinander, das war schon in der Minderheitsregierung unter Hannelore Kraft so und hat alle Beteiligten Respekt auch vor den anderen Fraktionen gelehrt. Es geht jetzt nicht mehr mit dieser alten Arroganz zu. Nach dem Motto: Wir haben sowieso immer Recht, und selbst wenn die anderen mal einen guten Gedanken haben, dann entkernen wir den und dann ist das unser Gedanke. Wir bemühen uns, diesen positiven Ansatz beizubehalten, auch wenn es uns die anderen Fraktionen nicht immer einfach machen.

**Worauf führen Sie diese traute Zweisamkeit zwischen SPD und GRÜNEN zurück?**

Traute Zweisamkeit ist Unfug. Wir arbeiten konzentriert an den schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen. Diese Zeiten sind schon aufgrund der Haushaltssituation nicht einfach, und diese Bundesregierung ist eine Plage. Wir versuchen deshalb, vernünftig miteinander umzugehen. Das heißt auch, eine gute Landesregierung zu bilden und sich nicht unnötig öffentlich zu streiten. Und wenn mal einer verbal etwas über die Stränge schlägt wie unser neuer Wirtschaftsminister, dann gehen wir in aller Gelassenheit damit um.

**Gibt es denn überhaupt noch Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und GRÜNEN?**

Natürlich. Wir sind zwei Parteien, und wir werden mit Sicherheit nicht fusionieren. Es gibt in Sachfragen immer wieder unterschiedliche Ansätze. Aber wir haben durch den Koalitionsvertrag ein klares Gerüst. Wo Fragen offen sind, kann man die diskutieren. Ich bin jedenfalls sehr zufrieden, die Umgangsweise ist vernünftig, und ich wünsche mir, dass das im Herbst in Berlin auch klappt.

**Mit welchen Fragen und Problemen ist denn Landespolitik zurzeit spannend?**

Zurzeit wird alles von der Haushaltslage bestimmt. In den vergangenen Jahrzehnten wurden – egal unter welcher Regierung, im Land und im Bund – Schulden gemacht. Diese Berge drohen uns zu erdrücken, das müssen wir anpacken, das ist eine ganz große Herausforderung.

**Sind SPD und GRÜNE bei dieser Frage auf demselben Kurs?**

Wenn Sie alle Ministerien fragen, wo gespart werden kann, dann werden Ihnen alle Ministerien, egal, ob rot oder grün, antworten: Wir haben schon gespart, bei uns geht nichts mehr. Egal, was man macht, in Zeiten der gut organisierten Lobby-Apparate gibt es überall Widerstand. Auf der Beifallsseite wird es ganz dünn, da braucht man schon ein ziemlich breites Kreuz. Ich bin ganz froh, dass mein Vorsitzendenkollege bei der SPD, Norbert Römer, das ganz ähnlich sieht.

**Waren Sie eigentlich jemals in Versuchung, Ihrer Partei einen anderen Koalitionspartner als die SPD zu empfehlen?**

Ich bin schon dafür, dass die GRÜNEN alle Koalitionen eingehen können, die die SPD auch eingehen kann. Die SPD koalitiert problemlos mit der CDU, dem kann nicht eine grüne Partei gegenüberstehen, die sagt, wir können nur mit der SPD. Hier in NRW hat sich die konkrete Alternative nicht ergeben, und ich muss auch sagen, ich bin gut zufrieden und sehe keinen Veränderungsbedarf.

**Sie sind seit Jahrzehnten in der nordrhein-westfälischen Landespolitik aktiv. Hat es Sie nie gelockt, in die Bundes- oder Europapolitik zu wechseln?**

Nein, das liegt einfach daran, dass ich ein bodenständiger Familienmensch bin. Meine Frau war vor mir neun Jahre im Landtag, wir haben zwei Kinder bekommen, und ich habe immer zugesagt, dass ich meinen Teil an der Erziehungsarbeit leiste, und das bedeutete, dass man, soweit es geht, bei der Familie ist und sich auch um die Kinder kümmert. Das wäre mit Berlin

nicht gegangen und im Europaparlament mit den Arbeitsorten Brüssel und Straßburg auch nicht. Ich finde es aber auch wirklich schön, Landespolitik zu machen und sich um das Land zu kümmern. Ich habe nie das Bedürfnis gehabt zu wechseln.

**Sie sind in Niedersachsen geboren, im Münsterland aufgewachsen, haben in Aachen studiert, anschließend in Ostwestfalen-Lippe gearbeitet, wohnen jetzt in Aachen und haben Ihren Schreibtisch in Düsseldorf. In welchem Teil von NRW fühlen Sie sich am wohlsten?**

Ich finde NRW in seiner ganzen Vielfalt faszinierend. Landschaftlich hat es mir wunderbar in Lippe gefallen, ich finde aber auch das Ruhrgebiet faszinierend, mit seiner Kultur, mit seiner Geschichte, mit seinen industriellen Wurzeln. Ich mag dieses Land mit seinen vielen Facetten.

**Stimmen denn die Vorurteile von den immer fröhlichen Rheinländern und den sturen Westfalen ....**

... und den geizigen Lippern, um das nicht zu vergessen. Es ist schon etwas dran, aber es macht auch Spaß, die unterschiedlichen Typen zu erleben und zu genießen, egal, ob Münsterländer, Rheinländer, Aachener oder Siegener.

**Auch bei den Getränken geht eine Grenze durchs Land: Pils in Westfalen, Kölsch und Alt im Rheinland. Was schmeckt Ihnen besser?**

Pils. *Peter Jansen*

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Ralf Kapshack (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

## Geburtstage

24. April – 14. Mai 2013

24.4. Lamla, Lukas (PIRATEN)	30
25.4. Weckmann, Peter (SPD)	61
27.4. Olejak, Marc (PIRATEN)	42
27.4. Yüksel, Serdar (SPD)	40
30.4. Mostofizadeh, Mehrdad (GRÜNE)	44
30.4. Hübner, Michael R. (SPD)	40
1.5. Dr. Beisheim, Birgit (GRÜNE)	51
2.5. Deppe, Rainer (CDU)	57
7.5. Schulz, Dietmar (PIRATEN)	53
8.5. Abel, Martin-Sebastian (GRÜNE)	28
9.5. Ott, Jochen (SPD)	39
9.5. Zimkeit, Stefan (SPD)	49
10.5. Hahnen, Uli (SPD)	61
11.5. Dr. Bunse, Anette (CDU)	55
11.5. Voigt-Küppers, Eva-Maria (SPD)	55
12.5. Ortgies, Friedhelm (CDU)	63
12.5. Nettelstroth, Ralf (CDU)	49

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

24.4. Dr. Jens Jordan (FDP)	70
6.5. Antonius Rüsenberg (CDU)	70
14.5. Ludwig Wilhelm Wördehoff (SPD)	90

## Verstorben

- 5.4. Gisela Ley (SPD) MdL 1995 – 2005  
18.4. Herbert Heidtmann (SPD)  
MdL 1985 – 1995



## Ärger mit Behörden?

Eine neue Broschüre informiert über den Petitionsausschuss und seine Arbeit. Die Broschüre kann per Mail ([presse@landtag.nrw.de](mailto:presse@landtag.nrw.de)) oder telefonisch (0211 884-2851) in der Pressestelle des Landtags bestellt werden.

## Treffen & Termine

- 23.4. bis 31.5. „Transparenz im Landtag“: Ausstellung der Glaskünstlervereinigung  
4.5. Besuchersamstag im Landtag  
8.5. Europatag und EU-Bürgerdialog mit EU-Kommissar Oettinger und NRW-Landtagsabgeordneten, Anmeldung: [www.eu-buergerdialog.de](http://www.eu-buergerdialog.de)  
17.5. bis 27.5. bzw. 7.6. „Verqueere Welten 2.0“ und „Andersrum“: zwei Ausstellungen anlässlich des Internationalen Tages gegen Homophobie  
Anmeldung zu Ausstellungen: Tel. (0211) 884-2129, [veranstaltungen@landtag.nrw.de](mailto:veranstaltungen@landtag.nrw.de)

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Dr. Thomas Weckelmann, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälat Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 25. März 2013 um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Zu nächtlicher Stunde ...

... lauschten Kunstinteressierte am vergangenen Samstag im Landtag den Klängen eines Konzertpianisten. Bei der diesjährigen Nacht der Museen waren im Plenarsaal klassische und moderne Klavierstücke zu hören. Untermalt wurden so auch die Kunstwerke im und am Parlamentsgebäude. Darüber hinaus gab es Informationen nicht nur zur politischen Arbeit des Parlaments, sondern auch speziell zur Kunst der Gruppe ZERO, die im Landtag mit Werken von Otto Piene, Heinz Mack und Günther Uecker vertreten ist. Kein Wunder, dass knapp 3.000 Besucherinnen und Besucher ins Parlamentsgebäude am Rhein strömten, um das Haus der Bürgerinnen und Bürger einmal anders zu erleben. Mehr Informationen und faszinierende Eindrücke von der Nacht finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de). Foto: Schälte

